

SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2015

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Fraktionsmitglieder, das Jahr 2014 neigt sich gerade dem Ende zu und erneut war es ein Jahr mit vielen unterschiedlichen Facetten. Egal wie man dieses Jahr für sich persönlich auch bewerten mag, spannend war es allemal.

Neben dem Gewinn des vierten Weltmeistertitels durch die deutsche Fußballnationalmannschaft gab es auch Entscheidungen auf den politischen Ebenen.

Beginnen möchte ich meine Ausführungen mit der Bundesebene. Von der Regierungskoalition aus CDU und SPD erhofften sich viele Kommunalpolitiker mehr finanzielle Entlastung für unsere Städte und Gemeinden. Dass viele vom Bund auf die Kommunen übertragene Leistungen nicht oder nicht ausreichend finanziert werden, sollte sich ändern. Dies ist leider nicht im erhofften Umfang eingetreten, da das Erreichen der sogenannten „Schwarzen Null“ für unseren Bundesfinanzminister und viele Andere im Vordergrund standen. Weitere Entlastungen für die Kommunen sind zwar angekündigt, aber man wird abwarten müssen, wie sie letztendlich aussehen werden. Erneut können wir nur darauf hoffen, dass sich die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden verbessern wird.

2014 hatten wir Kommunalwahlen vor Ort. Das Ergebnis bescherte uns und der FDP einen prozentualen Rückgang und eine absolute Mehrheit für die CDU. Wir werden daran arbeiten dies in der Zukunft wieder zu korrigieren. Denn weder absolute Mehrheiten, noch eine geschwächte SPD sind gut für die Demokratie. Wir werden dies noch an anderer Stelle wieder aufgreifen.

Erfreut können wir festhalten, dass die beiden großen Projekte Sanierung der Kehlbachhalle und Bau des Forums an der Grundschule Everswinkel weit vorangekommen sind. Auch die Umgestaltung des Schulhofes in Everswinkel ist fortgeschritten.

Vor einem Jahr haben wir uns hier an gleicher Stelle zu einer damals positiven lokalen Entwicklung geäußert. Es ging uns um die Entwicklung des Einzelhandels, der Verkaufsflächen und der Kaufkraftbindung vor Ort. Viele Bürgerinnen und Bürger machten sich Sorgen um die Zukunft und die Attraktivität unserer Gemeinde. Schon damals hatte ein erweiterter Aldi-Markt eröffnet und zwischenzeitlich sind ein Penny-Supermarkt, sowie eine Filiale der Rossmann Drogerie-Kette hinzugekommen. Als nächstes wird nun die Erweiterung und Umgestaltung des vorhandenen Edeka-Marktes in Angriff genommen. Zunächst ein hervorragendes Ergebnis für unsere Kommune.

Dennoch müssen wir feststellen, dass der Einzelhandel weiterhin dramatischen Veränderungen unterliegt, die oft auch Einflüsse an anderer Stelle nach sich ziehen. So werden unsere Bürgerinnen und Bürger auch in diesem und im kommenden Jahr wieder von liebgewonnenen und traditionellen Dienstleistern und Geschäften in unserer Gemeinde Abschied nehmen müssen. Dieser Themenkreis wird uns auch zukünftig begleiten.

Wir alle sollten darauf achten, dass wir nicht nur durch unsere politischen Entscheidungen, sondern in erheblichem Maße auch durch unser eigenes Kaufverhalten die weitere Entwicklung in unserer Gemeinde positiv beeinflussen.

Während in diesem Bereich häufig große Übereinstimmungen vorherrschten, gab es im Bereich der Wohnungsbaupolitik erhebliche Diskrepanzen.

Die SPD-Fraktion hat hierzu in der Vergangenheit immer die Meinung vertreten, dass es auch weiterhin die Möglichkeit geben muss, in Everswinkel bauen zu können. Durch die prognostizierten Veränderungen bei den Einwohnerzahlen wird aber das Risiko von Leerstand und Wertverfall bei den bereits vorhandenen Immobilien zunehmen. Um solche Risiken nicht zusätzlich zu verstärken, haben wir uns immer für einen sehr behutsamen Umgang mit der Planung von Neubaugebieten eingesetzt.

Erfreulicherweise und fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist es nun in diesem Jahr gelungen, mit teilweise einstimmigen Entscheidungen, zwei neue und, wie wir als SPD-Fraktion finden, in der Größe angemessene Baugebiete zu beschließen. Gemeint sind Königskamp II und Möllenkamp III. Letztgenanntes Baugebiet mit dem zunächst geplanten und bereits erschlossenen Bauabschnitt 1.

Die nicht optimale Lage beider Baugebiete innerhalb des Gemeindegebietes beruht auf Entscheidungen aus der Vergangenheit und war somit leider nicht mehr zu korrigieren. Trotz dieser planerischen Fehler haben wir als SPD-Fraktion beide Entscheidungen mitgetragen.

Mit diesen Beschlüssen hoffen wir, die verloren gegangene Handlungsfähigkeit in Sachen Baulandausweisung wieder zurückerlangt zu haben. Der Bürgermeister, CDU und FDP hätten unserer Gemeinde vielleicht auch eine Menge Ärger, Kosten und Verzögerungen ersparen können, wenn ihre Einsicht im Hinblick auf die Dimensionierung der Baugebiete früher eingesetzt hätte. Die SPD-Fraktion hofft, dass der nun eingeschlagene Weg beim Baugebiet in Alverskirchen auch tatsächlich zum Ziel führt, denn die Belastbarkeit des Gutachtens zur Entwicklungsprognose scheint ja noch nicht endgültig geklärt zu sein. Aber darüber wird uns sicherlich im Februar die Verwaltung detailliert unterrichten können.

Ein weiteres bedeutendes Politikfeld in Everswinkel macht die Schulpolitik aus. Während wir uns in den Haushaltsberatungen diesmal weder mit den weiterhin fehlenden Unterrichtsräumen zur Durchführung der Differenzierung an der Grundschule in Everswinkel, noch mit der Zukunft unserer Verbundschule beschäftigt haben, lagt für 2015 der Fokus auf der Erweiterung der Grundschule in Alverskirchen.

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir während der Haushaltsberatungen vor einem Jahr erstmalig über den Raumbedarf aus Alverskirchen informiert wurden. Dieser sollte zunächst über eine vorübergehende Containerlösung mit jährlich 18.000 € Mietkosten gedeckt werden. Am Ende der Haushaltsberatungen 2013 stand der Betrag von 330.000 € für die Erweiterung der Grundschule Alverskirchen.

Vor dem Hintergrund, dass 2013 Forderungen von verschiedenen Seiten aus Alverskirchen vorlagen, haben wir schon damals angeregt, nach Kombinationslösungen zu suchen, statt weiterhin teurere Einzellösungen zu beschließen. Dies würde helfen, Kosten zu sparen. 2013 blieb dieser Vorschlag aber ohne Konsequenz.

Als nun in diesem Jahr über die Umsetzung des Anbaus an der Grundschule Alverskirchen beraten wurde, ergab sich überraschend eine völlig neue Option. Die Gaststätte Grause stand plötzlich zum Verkauf und damit die Möglichkeit, neben der gewünschten Raumerweiterung für die Schule, dieser noch weitere Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem wären zwei zusätzliche Wohnungen vorhanden gewesen, um den dringend benötigten Bedarf an Wohnraum für Neubürger abdecken zu können. Zusätzlich hätten noch weitere 100 m² für die Nutzung z.B. durch Vereine zur Verfügung gestanden. Hierüber gab es eine anhaltende Diskussion in der Alverskirchener Bevölkerung und im politischen Raum.

Verwaltung, FDP, Grüne und SPD konnten sich schnell für die neue Kombinationslösung erwärmen. Dagegen tat sich die CDU - ausgestattet mit einer absoluten Mehrheit - schwer, auch nur eine Tendenz erkennen zu lassen. Hier gab es teilweise nicht einmal eine brauchbare Meinungsäußerung aus ihren Reihen. Bereits dieser Auftakt der Entscheidungsfindung war keine Sternstunde der Ratspolitik. Und das sollte sich auch nicht mehr ändern.

Während die Verwaltung die unterschiedlichen Kosten für die Varianten: entweder Anbau oder Erwerb der Gaststätte Grause zu ermitteln suchte, wurde in Alverskirchen immer mehr Druck aufgebaut, eine Entscheidung für den Anbau zu treffen. Diesem Druck wurde schließlich nachgegeben.

In der Hauptausschusssitzung vom 12.12.2014 haben Sie als CDU mit ihrer absoluten Mehrheit alleine gegen die Variante der Gaststätte Grause gestimmt, gegen die Stimmen des Bürgermeisters und aller anderen Parteien. Selbst die höhere Wirtschaftlichkeit der Kombinationslösung konnte Sie nicht davon abbringen.

Stattdessen wurde behauptet, der Anbau wäre besser durchkalkuliert. Dabei war bei der Diskussion um die beiden Varianten der Planungsbüros gerade über diesen Aspekt der Kosten intensiv diskutiert worden. Mit

dem Ergebnis, dass es sehr schwer ist, die endgültigen Kosten tatsächlich vertraglich zu deckeln.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit mit dem Forum an der Grundschule in Everswinkel haben beispielsweise gezeigt, dass sich die Kosten während der endgültigen Planung um 50% von 600.000 € auf 900.000 € erhöht haben.

Und auch die Errichtung der E-Bike Stationen zeigt, wie nach einer Entscheidung plötzlich die Kosten davon laufen können.

Während der Beratungen über die geplante Schulerweiterung erfuhren wir außerdem, dass sich die Schülerzahl in Alverskirchen während der kommenden Jahre fast halbieren wird. So werden 2017 und 2020 nur jeweils 9 Schüler neu eingeschult. Keine der Fraktionen hat daraufhin eine Erweiterung grundsätzlich in Frage gestellt.

Aber wäre es vor diesem Hintergrund nicht angezeigt gewesen, sich für eine Lösung zu entscheiden, die zum einen die gewünschten neuen schulischen Räumlichkeiten bietet und zum anderen dabei hilft, ein Wohnraumproblem positiv zu lösen?

Darüber hinaus ist es die einzige Variante, bei der man unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten das Gebäude später auch einer sinnvollen Weiternutzung zuführen könnte.

Statt das Gemeinwesen und die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung in Everswinkel und Alverskirchen in den Vordergrund zu stellen, hat man den Interessen nur einer Gruppe nachgegeben. Im politischen Raum nennt man das Populismus, den man nicht mit Politik verwechseln sollte. Dies war insgesamt keine souveräne Vorstellung durch Sie meine Damen und Herren von der CDU.

(Nachdem sich nun hoffentlich wieder alle beruhigt haben, möchte) ich mich im Folgenden mit den vorgestellten Zahlen des Haushaltes beschäftigen.

Bei der Beschreibung der Rahmenbedingungen haben Sie, Herr Banken, sich erneut bemüht, die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben

zumindest teilweise mit den nicht mehr an die Gemeinde Everswinkel gezahlten Schlüsselzuweisungen zu erklären.

Hierzu ein Zitat:

„...es ist auch festzuhalten, dass die Bedeutung der Schlüsselzuweisungen für den ... Haushalt in den letzten Jahren erheblich abgenommen hat. Das ist letztlich erfreulich. Bedeutet es doch, dass die Zeiten, in denen man ... (uns) als ausgesprochen steuerschwache Kommune bezeichnen musste, heute vorbei sind. Das Weniger an Schlüsselzuweisungen ist insofern vor allem die erfreuliche Kehrseite der guten Gewerbesteuersituation, also der wirtschaftlichen Stärke der Unternehmen“
(Zitat Ende).

Natürlich handelt es sich hierbei nicht um ein Zitat aus Everswinkel, sondern um eines aus der diesjährigen Haushaltsrede von Bürgermeister Walter aus der Stadt Warendorf. So unterschiedlich können zwei Bürgermeister die gleiche Entwicklung bewerten.

Werfen wir einen Blick auf die konkreten Zahlen. Der Bürgermeister sprach bei der Haushaltseinbringung von einer neuen Situation. Er zielte damit auf das prognostizierte Defizit für 2015 mit mehr als 1,6 Mio. € im Ergebnisplan, das während der Haushaltsberatungen auf annähernd 1,8 Mio. € angestiegen ist.

Neues können wir daran nicht erkennen, denn bereits in den zurückliegenden Jahresbilanzen zeigte sich, dass unsere Gemeinde mehr Geld ausgibt, als sie einnimmt. So beträgt beispielsweise das tatsächliche Defizit für 2014 laut Bürgermeister Banken voraussichtlich 2,2 Mio. €.

Da wir durch unvorhersehbare Entwicklungen Rückstellungen für spezielle Verpflichtungen in Höhe von 700.000 € nicht benötigen, können wir dieses - lassen sie es mich allgemeinverständlich ausdrücken - „Sparbuchkonto“ wieder dem Haushalt zuführen. Buchungstechnisch verringert sich unser Defizit 2014 dadurch auf 1,5 Mio. €, ändert aber nichts daran, dass wir 2,2 Mio. € mehr ausgegeben haben, als wir auf der anderen Seite als Einnahmen zu verzeichnen hatten.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal die allgemeine finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde skizzieren.

Im Vorbericht des Haushaltes 2014 steht, dass die Steuerkraftmesszahl von 2006 bis 2014 um 65% gestiegen ist.

Für 2015 heißt dass:

3 Mio. € mehr Steuereinnahmen als 2006. Dabei haben wir die weggefallenen Schlüsselzuweisungen und die Solidarumlage bereits abgezogen.

Im Jahr 2006 hatten wir einen fast ausgeglichenen Haushalt. Für 2015 aber gehen wir von ca. 1,8 Mio. € Defizit aus.

Als Fazit folgt daraus:

Im Jahr 2015 geben wir ca. 5 Mio. € mehr aus als in 2006. Die Gesamtaufwendungen sind seit 2006 um rund 50% gestiegen.

Statt aber einmal über diese gewaltige Ausgabensteigerung nachzudenken beschränken sich die Verantwortlichen lediglich auf die Aufsummierung fehlender Schlüsselzuweisungen und der Solidarumlage und führen diese dann als Erklärung für unseren Fehlbetrag an.

Neu ist an diesem Haushalt insofern für uns nichts. Allerdings wird durch die nun erstmals notwendige Genehmigungspflicht für diesen Haushalt deutlich, dass uns die Folgen der zurückliegenden Entscheidungen nun endgültig eingeholt haben.

Welche Möglichkeiten haben wir als Kommune nun aber, um unsere Haushaltslage positiv zu beeinflussen?

Eigentlich gibt es hier nur zwei leichtverständliche Stellschrauben:

1. Einsparungen bei den Ausgaben
2. Verbesserungen bei den Einnahmen

Betrachten wir zunächst einmal die Ausgabenseite.

Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass wir in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl von Investitionen mit teilweise hohen Summen getätigt haben. Investitionen führen zunächst lediglich zu einer Ausgabe, d. h. sie vermindern unsere liquiden Mittel. Sie führen gleichzeitig zu einer Erhöhung des Vermögens an einer anderen Stelle der Bilanz.

Nicht in jedem Fall führt eine Investition auch zu einer sofort sichtbaren Veränderung im Ergebnisplan. Das hat in der Vergangenheit dazu geführt nach dem Motto zu verfahren: „Das Geld ist doch da, also können wir es auch investieren“.

Investitionen haben allerdings die fatale Eigenschaft, dass sie in der Zukunft häufig für einen langen Zeitraum Folgekosten nach sich ziehen. Die heute getätigte Investitionsentscheidung belastet durch die Folgekosten in erheblichem Maße die Jahresergebnisse in den kommenden Jahren.

Als Beispiele solcher Folgekosten sind zunächst erhöhte Aufwendungen durch die hinzugekommenen Abschreibungen der getätigten Investition zu nennen. Zusätzlich muss die neu geschaffene Infrastruktur aber auch unterhalten werden. Hierzu gehören beispielsweise Strom-, Wasser- und Heizkosten. Hinzu kommt, dass für die zusätzliche Nutzung auch Personal erforderlich ist, beispielsweise Reinigungs-, Gärtner-, Platzwart- oder Hausmeisterdienste. So entstehen neue Sachaufwendungen, Personalkosten oder Aufwendungen für Dienstleistungen.

Verfügt man nicht über ausreichende finanzielle Reserven, müssen insbesondere für große Investitionen auch noch Kredite aufgenommen werden. In Everswinkel war dies z. B. bei der Schulumgestaltung zur Verbundschule erforderlich. Durch die fälligen Zinszahlungen wird der Haushalt zusätzlich belastet, so zahlen wir jährlich 70.000 € für Zinsen.

Obwohl das NKF vorschreibt, dass die hier beschriebenen Folgekosten im Rahmen von Investitionsberatungen vorgelegt werden müssen, haben wir dies bisher immer wieder vergeblich angemahnt.

Insbesondere die Abschreibungen des Investitionsvermögens stellen einen erheblichen Posten im Ergebnisplan dar. Sie belasten uns mit annähernd 1,8 Mio. € jährlich.

Diese Abschreibungen stellen also Aufwendungen dar, die das Jahresergebnis negativ beeinflussen. Um unsere Vermögenswerte zu erhalten, müssten wir in Höhe der Abschreibungen neu investieren. Dies führt aber gleich wieder zu neuen Abschreibungen und zu den weiteren, oben beschriebenen Belastungen für unseren Haushalt. So wird eine weitere „Kostenspirale“ in Gang gesetzt.

Wir können zwar versuchen, die Folgekosten zukünftiger Investitionen so gering wie möglich zu halten, aber den Mechanismus aus den bereits getätigten Investitionen können wir nicht mehr beeinflussen. Die Folgen aus den Entscheidungen der Vergangenheit werden uns über Jahrzehnte begleiten und zu schaffen machen.

Betrachten wir jetzt die Einnahmeseite unserer Gemeinde.

Die Höhe der Hebesätze kann von der Gemeinde sowohl für die Gewerbe- als auch die Grundsteuer selbst festgelegt werden. Bei dieser Festlegung haben wir uns als Gemeinde in der Vergangenheit immer weit unterhalb des Mittelwertes in NRW bewegt. Das Land NRW legt aufgrund von statistischen Berechnungen einen Hebesatz zu Grunde, den jede Kommune erheben sollte, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Würden wir nun bei unseren unterdurchschnittlich niedrigen Sätzen bleiben, würde uns dies nach Aussage des Bürgermeisters doppelt belasten, die Einnahmen würden fehlen und die Abgaben würden trotzdem aufgrund der fiktiven Berechnung höher ausfallen.

Tatsache ist, wir haben in der Vergangenheit unsere Hebesätze niedrig gehalten, nicht zuletzt um attraktiv für Bauwillige und Gewerbetreibende zu sein. Nun müssen wir feststellen, dass uns die so erzielten Einnahmen nun nicht mehr ausreichen, um die erforderlichen Aufgaben zu erfüllen.

Damit uns hier niemand falsch versteht, es geht nicht darum über die Hebesätze Reichtümer anzuhäufen. Es geht darum, realistische Grundsteuern und Gewerbesteuern zu erheben und diesen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern im Lande zu beenden. Die Leistungen die von diesen Steuern bezahlt werden, kommen doch umgekehrt auch wieder allen Bewohnern zugute.

Statt sich bei den Hebesätzen einmal der Realität zu stellen, laufen wir der tatsächlichen Entwicklung immer nur hinterher. Dies führte nun innerhalb von drei Jahren bereits zum zweiten Mal zu einer Form der Anpassung, mit der wir erneut am unteren Minimalrand bleiben. Deutlich besser wäre es, jetzt eine moderate, aber höhere Anpassung vorzunehmen, um zukünftig etwas mehr Handlungsspielraum zu haben.

Fazit aus der Betrachtung der Einnahmen- und Ausgabenseite:

1. Die von uns zu beeinflussenden Spielräume auf der Einnahmenseite sind zwar begrenzt, wurden von uns aber bisher stets nicht ausgeschöpft.
2. Ausgaben, die dauerhaft die Einnahmen übersteigen, führen letztendlich zur Handlungsunfähigkeit.

Um zukünftig handlungsfähig zu bleiben, ist es unabdingbar, die Aufwandseite genauer in den Blick zu nehmen und eine dauerhafte Reduzierung der Aufwendungen herbeizuführen. So schwierig und schmerzhaft dies auch sein mag, nur eine strukturelle Verbesserung der Aufwandseite kann uns vor dem Schreckgespenst „Haushaltssicherung“, auf das der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede hingewiesen, hat bewahren. Sogenannte „buchhalterische Gegenmaßnahmen“ und das „Verschieben“ von Aufwendungen auf spätere Perioden, sind keine wirkliche Lösung unseres Problems.

Dabei ist es auch wenig hilfreich, bereits heute feststehende, unabwendbare Belastungen haushaltstechnisch unberücksichtigt zu lassen. Beispielfhaft sollen hier drei Positionen genannt werden, von denen wir schon jetzt wissen, dass sie die zukünftigen Jahresergebnisse negativ belasten, ohne dass sie nach unserer Ansicht in einer angemessenen Weise im Haushalt berücksichtigt werden.

1. Zunächst ist hier der Erwerb des Baugebietes Königskamp für 1,55 Mio. € von der WestGkA zu nennen. Durch die Änderung des Flächennutzungsplans steht fest, dass etwa die Hälfte der ursprünglichen Wohnbaufläche nicht mehr als Bauland, sondern lediglich als Ackerland bilanziert werden kann. Dies führt zu einer erheblichen Wertverringerung, die durch eine außerordentliche Abschreibung bilanztechnisch berücksichtigt werden muss und damit zu einer Erhöhung des Jahresfehlbetrages führt. Hinzu kommen voraussichtlich Ausgleichszahlungen an die katholische Kirche, die drei Grundstücke nicht mehr vertragsgemäß als Bauland vermarkten kann, da diese Grundstücke durch die Änderung des Flächennutzungsplans ebenfalls in Ackerland zurückverwandelt werden. Wir

sehen hier insgesamt eine zusätzliche Belastung des Jahresergebnisses in Höhe von mehreren hunderttausend Euro.

2. Während der Haushaltsberatungen wurden wir darüber informiert, dass im Rathaus im Bereich der Rampe und der Tiefgarage Schäden an den Betonsäulen und am Fundament aufgetreten sind. Die eingestellte Summe wurde bereits während der Haushaltsberatungen vom Bürgermeister von 30.000 € auf 100.000 € erhöht. Auch hier wird es uns nicht überraschen, wenn am Ende dieser Sanierungsmaßnahme ganz andere finanzielle Dimensionen erreicht werden. Erinnerung sei an dieser Stelle nur an die Kostenentwicklung bei der Sanierung der Kehlbachhalle.
3. Ähnlich wie in dem vorgenannten Beispiel „Sanierung Rathaus“ werden wir auch in den nächsten Jahren nicht umhin kommen, Sanierungsmaßnahmen gerade an älteren Investitionsobjekten im Haushalt zu berücksichtigen. Beispielhaft seien hier nur mögliche höhere Aufwendungen für das Vitusbad und nicht unbeträchtliche Aufwendungen für Straßensanierungen genannt. Dabei sollten wir uns nicht von möglichen Sanierungsmaßnahmen „überraschen“ lassen, sondern rechtzeitig angemessene Beträge im Haushalt berücksichtigen.

Bevor ich zum Resümee meine Ausführungen komme, möchte ich mich ausdrücklich bei allen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde für die vielen geleisteten Stunden bedanken. Ohne dieses Engagement könnte Vieles nicht angeboten und durchgeführt werden.

Besonders wohltuend fanden wir den allgemeinen Umgang mit den Anforderungen im Bereich Asylbewerber. Hier haben sich alle Beteiligten um einen sachgemäßen Umgang bemüht und das Notwendige veranlasst. So war es möglich, unserem Auftrag gerecht zu werden.

Als Resümee bleibt festzuhalten:

Auf der Ausgabenseite können wir keine gravierenden Einsparansätze erkennen. Lediglich einige wenige Ansätze in die folgenden Jahre zu schieben, stellt kein Einsparpotential dar. Selbst fragwürdige Entscheidungen, wie bei der Telefonvermittlung, dem Marketingkonzept oder dem 350 Meter langen Fußweg an der Sendenhorster Straße für 80.000 € bleiben unangetastet. Ferner ist es angezeigt, dass bei zukünftigen Investitionen, anders als in der Vergangenheit, alle Kosten inklusive der Folgekosten bereits bei der Investitionsentscheidung berücksichtigt werden müssen.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hat die SPD-Fraktion auch in diesem Jahr die Beleuchtung des Fahrradweges zwischen Everswinkel und Alverskirchen beantragt. Hierbei haben wir selbstverständlich Einsparpotentiale an anderer Stelle aufgezeigt.

Bürgermeister Banken, CDU und FDP haben sich allerdings erneut dazu entschlossen, unsere Bürgerinnen und Bürger im Dunkeln stehen zu lassen.

Auf der Einnahmeseite wird ein eher halbherziger Versuch unternommen, um die Hebesätze anzupassen. Dabei versucht man aber lediglich, ansonsten eintretende zusätzliche Verluste zu verhindern, statt die Hebesätze realistisch anzupassen.

Hinzu kommt noch, dass bereits erkennbare und vorhandene Risiken nicht angemessen im Haushalt berücksichtigt werden.

Dieser Haushalt erinnert an einen Autofahrer, der auf den Abgrund zufährt und statt das Steuer zu betätigen lediglich ein wenig Gas wegnimmt und die anderen auffordert, doch mit dem Bau einer Brücke zu beginnen.

Wir als SPD-Fraktion werden aus den gerade zusammengefassten Gründen den Haushaltsentwurf ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.